

Die Tarifrunde 2026 in Hessen: ein notwendiger Schritt für die Anerkennung der Polizei- und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst

Im Februar 2026 beginnen in Hessen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, auch für die Polizeibeschäftigten. Angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre und der teils unzureichenden Wertschätzung der Beschäftigten durch Politik und Arbeitgeber wird diese Tarifrunde zu einem entscheidenden Moment. Unter dem Credo „Wenn nicht JETZT, wann dann?“ fordert die hessische Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen. Doch was genau steckt hinter diesen Forderungen und warum sind sie so wichtig?

Die Herausforderungen der letzten Jahre

Die letzten Jahre waren für die Polizei und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in Hessen äußerst belastend. Die ständigen Überstunden, fehlende Personalressourcen und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte haben das Arbeitsumfeld zunehmend erschwert. Diese Probleme sind

nicht nur temporär, sondern zeichnen sich durch strukturelle Mängel im System des öffentlichen Dienstes aus, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden.

Eines der gravierendsten Probleme ist die hohe Zahl unbezahlter Überstunden. Diese Überstunden sind nicht nur ein persönlicher Stressfaktor für die Betroffenen, sondern wirken sich auch auf die Qualität der Arbeit aus, da die ständige Mehrarbeit auf Dauer nicht tragbar ist. Zudem fehlt es an gezielten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung. Die hohe Personalfuktuation und die unzureichenden Fort- und Weiterbildungsangebote verstärken das Gefühl der Überlastung und mangelnden Wertschätzung.

Der fehlende Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit, die strukturellen Mängel bei der Personalplanung und die fortlaufenden Sparmaßnahmen im Haushalt haben das Vertrauen in die Arbeitgeberseite und die Politik stark belastet. Die Forderungen, die die GdP in diesem Jahr aufstellt, sind daher nicht nur eine Reaktion auf diese Belastungen, sondern ein Aufruf zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen

Ein zentrales Thema der Tarifrunde 2026 ist die Frage der finanziellen Mittel. Die GdP weist darauf hin, dass es durchaus genug Geld im öffentlichen Haushalt gibt, um eine deutliche Entgelterhöhung für die Beschäftigten zu ermöglichen. Es geht nicht um das Fehlen von Mitteln, sondern um die politische Prioritätensetzung. „Geld ist vorhanden – es muss politisch richtig eingesetzt werden“, so ein zentrales Statement der Gewerkschaft. Statt die Mittel für Wahlkampf oder Diäten zu verwenden, fordert die GdP eine gezielte Investition in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Dies ist nicht nur eine Frage der fairen Entlohnung, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in der Polizei, wird den Beschäftigten zwar eine hohe Verantwortung übertragen, doch die Anerkennung dieser Leistung bleibt oft auf der Strecke. In den vergangenen Jahren wurden die Beschäftigten regelmäßig mit Belastungen konfrontiert, ohne dass eine entsprechende Entlohnung oder Wertschätzung durch die Arbeitgeberseite erfolgte.

Die zentralen Forderungen der GdP

Die Gewerkschaft hat in ihrem Forderungskatalog mehrere Kernpunkte formuliert, die aus ihrer Sicht dringend umgesetzt werden müssen:

1. **Spürbare Entgelterhöhungen:** Ein zentrales Anliegen ist die Forderung nach einer gerechten Entlohnung, die sowohl Verantwortung als auch Leistung widerspiegelt. Die Polizei und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes sind stark belastet, und eine spürbare Entgelterhöhung soll den Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird.



V.l.: D. Klimpke, T. Fenner, Ch. Ehringfeld, M. Hertling, J. Mohrher



2. Gleiche Übernahme des Tarifiergebnisses für Beamte und Versorgungsempfänger: Die Forderung nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifiergebnisses für Beamte und Versorgungsempfänger zeigt die Verbundenheit der verschiedenen Gruppen im öffentlichen Dienst. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist es wichtig, dass die gesamte Belegschaft in Hessen von Verbesserungen profitiert.
3. Personalaufstockung und die Schaffung neuer Tarifstellen: Ein weiteres zentrales Thema ist die Bekämpfung der Personalengpässe. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in der Polizei, gibt es strukturelle Unterbesetzungen, die nur durch die Schaffung zusätzlicher Tarifstellen und gezielte Hebungen beseitigt werden können.
4. Faire Arbeitszeitregelungen und Anerkennung von Mehrarbeit: Die Forderung nach besseren Arbeitszeitregelungen, der Reduzierung von Überstunden und der besseren Anerkennung von Mehrarbeit zielt darauf ab, die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu verringern und gleichzeitig die Qualität der Arbeit zu sichern.
5. Qualifizierung und Weiterbildung: Der Ausbau von Fortbildungsprogrammen ist nicht nur für die persönliche und berufliche Entwicklung der Beschäftigten wichtig, sondern auch für die Effizienz und Sicherheit im Dienst. Besonders in der heutigen Zeit, in der neue Technologien und Herausforderungen immer schneller auftreten, müssen sich die Mitarbeiter kontinuierlich fort- und weiterbilden können.
6. Schutz der Beschäftigten vor Gewalt: Die Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und andere Beamte im öffentlichen

Dienst ist ein besorgniserregendes Phänomen. Die GdP fordert verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und zur Prävention von Gewalt am Arbeitsplatz.

7. Verlässliche Finanzierung: Die GdP fordert, dass die finanziellen Mittel im öffentlichen Haushalt nicht nur zur Deckung der Grundbedürfnisse verwendet werden, sondern auch zur Schaffung nachhaltiger Verbesserungen im Arbeitsumfeld der Beschäftigten. Dies beinhaltet auch eine faire Entlohnung und den Abbau von Personalmangel.

Aufruf zur Beteiligung: gemeinsame Solidarität als Schlüssel zum Erfolg

Die GdP betont, dass die Tarifrunde 2026 nicht nur eine Frage des Geldes ist, sondern auch der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten. Nur durch eine breite und starke Beteiligung der Beschäftigten kann Druck auf die Arbeitgeberseite und die Politik ausgeübt werden, um die geforderten Verbesserungen zu erreichen.

Die GdP ruft daher alle Mitglieder, Tarifbeschäftigte, Beamte, Rentner und Versorgungsempfänger auf, sich aktiv in die Tarifrunde einzubringen und durch Demos, Warnstreiks und gegebenenfalls Streiks ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Tarifrunde 2026 bietet eine einmalige Chance, die Weichen für eine gerechtere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen zu stellen. Es ist der richtige Zeitpunkt, um die Weichen für die Zukunft zu stellen – und dieser Moment muss jetzt genutzt werden.

Gute Arbeit verdient gute Bezahlung

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Tarifrunde 2026 in Hessen eine historische Chance bietet, die Arbeitsbedingungen und

die Entlohnung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nachhaltig zu verbessern. Die Forderungen der GdP sind nicht nur notwendig, um den sozialen Frieden zu wahren, sondern auch, um den öffentlichen Dienst in Hessen langfristig konkurrenzfähig zu halten. Es bleibt zu hoffen, dass alle Beteiligten – von der Politik bis hin zu den Arbeitgebern – den Ernst der Lage erkennen und einen Tarifabschluss erzielen, der den hohen Anforderungen gerecht wird und die dringend benötigte Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten zeigt.

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender

„Insbesondere die Entgeltsituation bei der Polizei, bei den Personalverwaltungen, muss bei diesem Tarifabschluss Berücksichtigung finden“, betont dazu Marika Hertling, stellv. GdP-Landesvorsitzende, zuständig für Tarif. „Aber sie hinken beim Einkommen seit Jahren hinterher. Diese Gerechtigkeitslücke muss endlich geschlossen werden!“

„In der Informations- und Kommunikationstechnik bestehen personelle Bedarfe, die durch die derzeitigen Wertigkeiten der zur Verfügung stehenden Stellen potenzielle Bewerber einen Bogen um Hessen machen lassen“, meint dazu Tobias Fenner aus der hessischen GdP-Tarifkommission.

„Eine starke Einkommenserhöhung ist kein Luxus, sondern notwendig, um die Kaufkraft zu sichern und den öffentlichen Dienst in Hessen, gerade im Vergleich mit den anderen Bundesländern und den hessischen Kommunen, konkurrenzfähig zu halten. Gute Arbeit verdient gute Bezahlung – und zwar jetzt. Wir brauchen endlich ein deutliches Signal der Wertschätzung, nicht nur warme Worte“, erklärt GdP-Vorsitzender Jens Mohrherr.

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentz (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

Die Bezirksgruppen haben gewählt!

In allen Bezirksgruppen der GdP Hessen wurden die neuen Vorstände für die nächsten vier Jahre gewählt. Dazu haben die Delegierten auch die Anträge für den Landesdelegierten-

tag 2026 auf den Weg gebracht, sowie die Delegierten der jeweiligen Bezirksgruppe für den Landesdelegiertentag bestimmt. Außerdem wurden bei den Bezirksdelegiertenkonferen-

zen auch die Vertreter für den Landeskontrollausschuss sowie die Kassenprüfer festgelegt. Hier haben wir einige Fotos von den Veranstaltungen mit den neuen Vorständen. ■



Frankfurt, hintere Reihe: Oliver Hoog (stellv. Schriftführer), Jochen Zeng (Vorsitzender), Daniel Foltes (stellv. Vors.), Stephanie Ihlau (stellv. Kassiererin), Benjamin Jäger (stellv. Vors.), Stefan Vogel (stellv. Vors.); vordere Reihe: Heike Hessenthaler (Kassiererin), Petra Moosbauer (stellv. Vors.), Katharina Kopp (stellv. Schriftführerin)



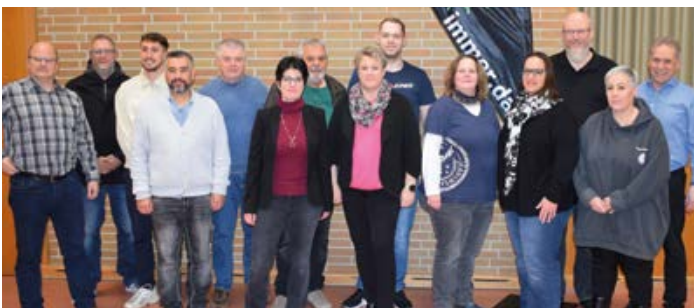
Stadträtin Anette Rinn und Vorsitzender Jochen Zeng



HPE: Bezirksdelegiertenklausur des HPE im Vorfeld des Landesdelegiertentages 2026



HPE: Die Bezirksgruppe bewertet Tarifrufumfrageergebnisse.



Mittelhessen: neuer Vorstand der Bezirksgruppe Mittelhessen mit der Vorsitzenden Nina Bachelier



Mittelhessen: die Delegierten bei der Abstimmung



Polizeizentralbehörden: Jörg Ehlig, Steffen Korn, Frank Pracejus, Diana Reichert, Heinz Schiskowsky, Matthias Lange (kniend), Liane Bellmann, Alfred Müller, Uwe Hangen (kniend), Doris Hämmerle, Monique Schilling, Stefan Rücker, Marika Hertling



Nordhessen: auf der Treppe vor dem Rathaus



Nordhessen: Jochen Kopelke und die Delegierten im Saal



Osthessen: Karsten Bech wird vom neuen Vorsitzenden der BZG OH, Christian Störkel, und Martin Mohr verabschiedet.



Osthessen: der neu gewählte Vorstand der Bezirksgruppe Osthessen



Südthessen: alter und neu gewählter Vorsitzender Christian Richter beim Bericht zu den Themen der letzten vier Jahre



Südthessen: Delegiertentagung für eine noch zukunftsfähigere GdP



Südostthessen: Austausch zu den Anträgen der Bezirksgruppe



Südostthessen: die Delegierten der Bezirksgruppe Südostthessen



Westhessen: Das aktuelle Urteil des BVerfG zur Berliner Besoldung wurde bewertet und die Forderung nach einer verfassungsgemäßen Besoldung wurde gestellt!



Westhessen, der neue Vorstand von links; stehend: Volker Salz (stellv. Kontrollausschuss), Jonas Dinter (stellv. Kassierer), Peter Vitzte (Schriftführer), Daniel Klimpke (stellv. Vors.), Saskia Völker (stellv. Vors.), Michael Messer (Beisitzer), Simone Sieger (stellv. Vors.); knieend: Lothar Hölzgen (Kontrollausschuss), Markus Heiß (Beisitzer), Sebastian Schubert (Vors.)



Auch 2026 gilt für die Seniorengruppe

Wir haben uns bei der Landesseniorenkonferenz in Zella einem neuen Motto verschrieben. Das soll und muss mit Leben gefüllt und im neuen Jahr für die Kolleginnen und Kollegen sichtbar werden.

Bevor wir zu den spezifischen Angeboten kommen, sei der Hinweis auf die im Februar und März anberaumte Tarifrunde für den TV-H erlaubt. Von dem Ergebnis sind mittelbar auch die Bezieher und Bezieherinnen von Pensionen betroffen, wenn die Tarifiergebnisse übernommen werden – am besten zeit- und inhaltsgleich. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, wurde im vergan-

genen Jahr sehr deutlich. Unsere Chance, gegen Vertrauens- und Wortbruch anzugehen, sind sichtbare und wirksame Begleitaktionen zu den Verhandlungen. Deshalb ist hier jedes einzelne Mitmachen wichtig. Die Seniorengruppe der GdP Hessen hat auch für das Jahr 2026 ein buntes und ansprechendes Programm in Vorbereitung. Im Einzelnen gibt es

- ein IT-Seminar am 4. März in Frankfurt,
- ein Seminar – Vorbereitung auf den Ruhestand vom 19. bis 21. Mai in Zella,
- ein Seniorenseminar vom 23. bis 25. Juni in Zella

- und neu: ein Seminar – Vorbereitung auf die Rente vom 8. bis 10. Juni in Wertheim (in Kooperation mit den LB Baden-Württemberg und Bayern)

Die Planungen für das zweite Halbjahr laufen, Ergebnisse in einer der nächsten Ausgaben von DP oder PolReport. Die Ausschreibungen findet ihr wie immer auf der Homepage. Natürlich gibt es noch Angebote aus den Bezirksgruppen, z. B. Reisen oder Treffen einfach zum Wiedersehen. Wir wünschen euch viel Freude bei den Veranstaltungen und freuen uns jedes Mal auf das Wiedersehen.

**Eure
Senioren Gruppe**

Berliner Urteil setzt klare Maßstäbe – Hessen muss jetzt handeln!

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit seinem aktuellen Beschluss vom 17. September 2025 zur Berliner Beamtenbesoldung (2 BvL 5/18 u. a.) erneut ein deutliches Signal gesetzt: Die Unteralimentation vieler Beamtinnen und Beamten in Deutschland verstößt gegen das Grundgesetz. Der Zweite Senat hat unmissverständlich klargestellt, dass die Länder ihrer Pflicht zur kontinuierlichen, verfassungskonformen Fortschreibung der Besoldung nachkommen müssen – und zwar unabhängig von politischen Debatten oder Haushaltslagen.

Diese Entscheidung betrifft nicht nur Berlin. Auch Hessen steht in der Verantwortung, denn seit Jahren warnen Gewerkschaften davor, dass die hessische Besoldung vielfach nicht mehr den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht. Das Urteil verschärft den Handlungsdruck massiv.

Was das Bundesverfassungsgericht eindeutig festhält

Das Gericht definiert mehrere Grundsätze neu bzw. präzisiert sie:

1. Mindestbesoldung muss existenzsichernd sein

Die Alimentation darf unter keinen Umständen unter das vom BVerfG definierte Existenzminimum fallen. Die Mindestalimentation ist das Fundament des Berufsbeamtentums – jede Unterschreitung ist verfassungswidrig.

2. Striktes Abstandsgebot

Zwischen den Besoldungsgruppen muss ein klar erkennbarer Abstand bestehen. Unteralimentation am unteren Ende zieht das gesamte System nach unten und gefährdet die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

3. Kürzungen bei Beihilfe oder Versorgung = Besoldungskürzung

Einschnitte bei der Beihilfe oder in der Versorgung dürfen nicht als „Sparmaßnahmen“ versteckt werden. Sie wirken wie eine unmittelbare Kürzung der Besoldung – und sind somit besonders kritisch.

4. Partnereinkommen dürfen nicht angerechnet werden

Die Anrechnung von Einkommen aus der Bedarfsgemeinschaft verstößt gegen das Alimentationsprinzip. Diese Praxis muss bundesweit umgehend beendet werden.

5. Rückwirkende Entschädigungen sind gesichert

Für Beamtinnen und Beamte, die Widerspruch eingelegt haben, sind Nachzahlungen rechtssicher durchsetzbar. Das unterstreicht, wie wichtig gewerkschaftliche Information und rechtliche Beratung sind.

Hessen darf jetzt nicht länger warten

Die GdP Hessen erwartet, dass die Landesregierung die Entscheidung aus Karlsruhe nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern sofort

reagiert. Die Verschiebung der Besoldungserhöhung um 5,5 Prozent vom August auf den Dezember 2025 zeigt leider klar, dass derzeit Haushaltskonsolidierung Vorrang vor verfassungskonformer Besoldung hat. Das ist ein fatales Signal an die Beschäftigten.

Wir fordern daher:

1. Transparente Besoldungsanalyse und Dialog

Eine vollständige, nachvollziehbare Überprüfung der hessischen Besoldung – unter Einbindung der Gewerkschaften.

2. Verfassungskonforme Mindestalimentation

Ohne Tricks, ohne Abstriche, ohne „Einsparmodelle“ bei Beihilfe oder Versorgung.

3. Orientierung an der aktuellen Berechnung des BVerfG

Die Entscheidung liefert klare Rechenwege – Hessen muss sie anwenden.

4. Schluss mit der Anrechnung von Partnereinkommen

Diese Praxis ist rechtswidrig und gehört endgültig abgeschafft.

5. Umsetzung aller Maßnahmen vor der nächsten Einkommens- und Tarifrunde

Die Beschäftigten brauchen Rechtssicherheit, Vertrauen und Respekt – keine erneute Verzögerungstaktik.

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender



Fotos: GdP Mittelhessen



Starke Demokratie braucht eine starke Polizei

Die GdP Hessen war während der AfD-Großlage in Gießen mit einer Einsatzbetreuung direkt vor Ort und über die Einsatzhotline erreichbar. Die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen standen unter hoher Belastung: lange Schichten, Tausende Demonstrierende und die ständige Einsatzbereitschaft forderten allen viel ab.

Mit Getränken, Lebkuchen, kleinen Snacks und einem offenen Ohr bot die GdP Rückhalt und Wertschätzung. Es war uns eine Freude, euch sowohl mobil als auch zentral am Versorgungsstützpunkt etwas Gutes zu tun und ein Stück Normalität in dieser besonderen Lage zu schaffen. Auch unser Einsatzpatch war sehr beliebt. Alle Exemplare wurden komplett an die Ein-

satzkräfte verteilt und sind nicht mehr erhältlich.

Ein besonderer Dank gilt den vielen Kolleginnen und Kollegen aus insgesamt 14 Bundesländern sowie dem Bund, die die hessischen Kräfte tatkräftig unterstützt haben. Ebenso möchten wir denjenigen Anerkennung aussprechen, die in den Heimatdienststellen den Dienst aufrechterhielten

und damit die Einsatzfähigkeit der Polizei insgesamt sicherstellten.

Unsere Gedanken sind bei den Kolleginnen und Kollegen, die diese Einsatzlage nicht unversehrt beenden konnten. Wir wünschen ihnen eine schnelle und vollständige Genesung.

Kerstin Wöhe, GdP Mittelhessen







Anmeldung und weitere Infos auf unserer Homepage:
www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/seminare-bildung



Seminarprogramm 2026 der GdP Hessen

21.01.2026	Tarifseminar MAXI-Autohof, Mücke	21./22.05.2026	Frauenseminar für Beamtinnen Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
23.02.2026	Erste Hilfe für Polizeibeamte am Unfallort, 9:30–12:30 Uhr DMSB – Deutscher Motor Sport Bund e. V., Frankfurt am Main	11./12.06.2026	Konstruktive Kommunikation als Basis für privaten und beruflichen Erfolg Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
23.02.2026	Erste Hilfe für Polizeibeamte am Unfallort, 13:30–16:30 Uhr DMSB – Deutscher Motor Sport Bund e. V., Frankfurt am Main	17./18.06.2026	Resilienz und psychisches Immunsystem stärken – professionell im Alltag handeln Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
25.02.2026	Dienstaufpflicht und Regressforderungen MAXI-Autohof, Mücke	23.–25.06.2026	Seniorensseminar Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
25./26.02.2026	Souveränität im Umgang mit schwierigen Situationen und Zeitgenossen Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	20.08.2026	Erste Hilfe im Einsatzfall – Versorgung von Stich- und Schussverletzungen (Aufbauseminar) Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
04.03.2026	IT-Sicherheit für Senioren Bürgerhaus Bornheim, Frankfurt	20./21.08.2026	Frauenseminar für Tarifangestellte Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
23./24.03.2026	Wahrheit oder Lüge? Lerne, die Kunst der Körpersprache zu verstehen Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	10.09.2026	Erste-Hilfe-Seminar Teil III/Praxistag taktische Medizin – the next level! Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
25./26.03.2026	Professionelle Bewerbungsgespräche für angehende Führungskräfte in der Polizei Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	23./24.09.2026	Professionelle Bewerbungsgespräche für angehende Führungskräfte in der Polizei Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
16.04.2026	Erste Hilfe im Einsatzfall – Versorgung von Stich- und Schussverletzungen (Grundseminar) Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	01.10.2026	Erste-Hilfe-Seminar Teil IV/Praxistag taktische Medizin – the next level! Veranstaltungsort folgt
04./05.05.2026	Projektmanagement – die Kunst der Veränderung – Gruppendynamik und Persönlichkeitstypen, Kommunikation und Körpersprache Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	10./11.11.2026	Konstruktive Zusammenarbeit der Generationen X, Y und Z Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
06.05.2026	Dienstaufpflicht und Regressforderungen Polizeipräsidium Nordhessen, Kassel	19.11.2026	Dienstaufpflicht und Regressforderungen SAALBAU Ronneburg, Frankfurt
12.05.2026	Erste Hilfe im Einsatzfall – Versorgung von Stich- und Schussverletzungen (Grundseminar) Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	26./27.11.2026	Gesundheit dauerhaft pachten, mehr auf seelische und körperliche Ausgeglichenheit achten Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella
19.–21.05.2026	Vorbereitung auf den Ruhestand Landgasthof Bechtel, Willingshausen-Zella	Termin folgt	Rechtsschutz-Seminar Veranstaltungsort noch nicht bekannt
		Termin folgt	Seminar für Kassiererinnen und Kassierer Veranstaltungsort noch nicht bekannt

Sterbefälle

Es starben

Wolfgang Peters

Kreisgruppe Kassel

Rolf Müller

Kreisgruppe D/VS Südhessen

Hans-Volker Leonhard

Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Michael Mohr

Kreisgruppe Groß-Gerau

Hans-Jürgen Claassen

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Bernd Jürgen Kasper

Kreisgruppe HPE Mühlheim

Karl Kistner

Kreisgruppe Main-Kinzig

Werner Wolfgang Wagner

Kreisgruppe Offenbach

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!